

ANTRAG an die **L-Bank**
Schloßplatz 10/12, 76113 Karlsruhe

Persönlich einzureichen über das Bürgermeisteramt
des Bauortes

(Eingangsstempel)

Eigentumsförderung
für den Kauf oder Bau eines Hauses/Eigentumswohnung zur Selbstnutzung

Bitte lesen Sie die Erläuterungen zum Antrag!

I. Persönliche Angaben

1. Antragsteller / Bauherren	1. Person	2. Person
Nachname		
Geburtsname, früherer Name		
Vorname		
Anschrift Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort		
tagsüber telefonisch zu erreichen		
Voranschrift, sofern kürzer als 4 Jahre wohnhaft		
Geburtsort		
Geburtsdatum		
Personenstand	<input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> ledig/geschieden <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft	<input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> ledig/geschieden <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft
Jahr der Eheschließung/ der Begründung der Lebenspartnerschaft		
Güterstand bei Ehepaaren	<input type="checkbox"/> Zugewinnngemeinschaft <input type="checkbox"/> Gütergemeinschaft <input type="checkbox"/> Gütertrennung	
Güterstand bei Lebenspartnern	<input type="checkbox"/> Ausgleichsgemeinschaft	<input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaftsvertrag
Staatsangehörigkeit		
Aufenthaltserlaubnis unbefristet (Nachweise beifügen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Der Haushalt besteht aus	<input type="text"/> Personen, darunter Kinder	Anzahl männlich <input type="text"/> Alter <input type="text"/> Jahre, Anzahl weiblich <input type="text"/> Alter <input type="text"/> Jahre, und sonstige Haushaltsangehörige (z. B. Lebensgefährte/Familienangehörige) <input type="text"/>

2. Sind Sie Eigentümer einer Wohnung/eines Eigenheimes <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Liegt dieses Wohneigentum in einem Sanierungsgebiet <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Haben Sie für Wohneigentum bereits eine Steuerbegünstigung (z. B. § 10 e EStG oder Eigenheimzulage) erhalten? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Größe des Wohneigentums/ Wohnfläche <input type="text"/> qm
---	--

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: _____
 (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben) _____

3. Beruf/Arbeitgeber/ Erziehungsurlaub der Antragsteller

	Herr	Frau	sonstige Familienangehörige
derzeit ausgeübter Beruf			
Arbeitgeber			
dort ungekündigt beschäftigt seit			
Arbeits/Ausbildungsverhältnis befristet bis			
Erziehungsurlaub von – bis			
Selbständiger/ Angestellter im eigenen Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angestellter/Beamter/Arbeiter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rentner/Pensionär	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zusätzliche Angaben für Selbständige/Angestellte in eigener Firma

selbständig/angestellt seit Branche

Name und Sitz der Firma

4. Ist oder war über das Vermögen aller oder eines Antragstellers das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt? Hat eine dieser Personen die eidesstattliche Versicherung (früher Offenbarungseid) abgegeben oder erging gegen eine dieser Personen Haftbefehl zur Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung? Wurde in das bewegliche oder unbewegliche Vermögen die Zwangsvollstreckung betrieben?

Ja Nein

5. Angaben zum Bruttoeinkommen Einkommen nach §§ 20 ff WoFG

Haushalts-angehörige		Einnahmen aus – nicht selbständiger Arbeit – selbständiger Arbeit – Land- und Forstwirtschaft in EUR	Renten in EUR	Sonstige Einnahmen in EUR	Werbungskosten/ Betriebsausgaben jährlich in EUR	Wird Lohn- oder Einkommen- steuer entrichtet?		Werden laufend Pflichtbeiträge entrichtet zur gesetzlichen (oder entsprechenden) Renten- Kranken-/Pfle- versicherung versicherung					
						nein	ja	nein	ja	nein	ja		
Person 1	Art:												
	Betrag jährlich					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Person 2	Art:												
	Betrag jährlich					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kind	Art:												
	Betrag jährlich					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Art:												
	Betrag jährlich					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Kindergeld

Steht Ihnen als Antragsteller Kindergeld zu? Ja mtl. in Höhe von EUR für Kinder
Nein

7. Wissen Sie schon, ob sich Ihre oder die Einnahmen einer zu Ihrem Haushalt zählende Person in den nächsten 12 Monaten verringern oder erhöhen werden?

Nein Ja

Falls ja, bei wem, wann und aus welchem Grund?

Name, Vorname	Grund	neuer Betrag mtl. in EUR	ab:
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: _____
(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

8. Wohnen Sie allein mit Kindern zusammen und sind wegen Erwerbstätigkeit oder Ausbildung regelmäßig tagsüber außer Haus?

Nein

Ja

9. Folgende zum Haushalt rechnende Angehörige sind:	Name, Vorname	
a) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 100	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 80, die häuslich pflegebedürftig im Sinne von § 14 Sozialgesetzbuch XI (SGB) sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von unter 80, die häuslich pflegebedürftig im Sinne von § 14 Sozialgesetzbuch XI (SGB) sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Leisten Sie oder eine zu Ihrem Haushalt zählende Person aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen Unterhaltszahlungen (z.B. für nicht zum Haushalt rechnende Kinder)?

Nein

Ja

an einen Haushaltsangehörigen, der auswärts untergebracht ist und sich in der Berufsausbildung befindet

Nein

Ja

an einen nicht zum Haushalt zählenden geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten oder früheren Lebenspartner

Nein

Ja

an eine sonstige nicht zum Haushalt zählende Person

Nein

Ja

Von wem (Name, Vorname)	An wen (Name, Vorname)	Betrag
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

11. Vermögensverhältnisse (ohne Grundstück und Eigenkapital für geplantes Bauvorhaben)

Grundvermögen (Falls Raum nicht ausreicht, bitte besondere Aufstellung beifügen. Es ist jede Wohnung (WE) gesondert auszuweisen.)

Bezeichnung des Objekts (Ort, Straße, Haus-Nr.)	Art des Objekts (Haus, ETW) Grundstück	m ² Wohn- fläche je WE	Verkehrswert (Betrag)	Höhe der auf dem Objekt lastenden Verbindlichkeiten (Restschuld) EUR	jährliche Zahlungsverpflichtungen aus den Verbindlichkeiten		Abschreibungs- beträge (AfA) EUR	jährl. Miet- und Pachterträge (Kaltmiete ohne Nebenkosten) EUR
					Tilgungsbeträge EUR	Zinsaufwand EUR		
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Anteile an geschlossenen Immobilienfonds Wert EUR

Anteile an offenen Immobilienfonds Wert EUR

Verbindlichkeiten hieraus EUR

Sonstiges Vermögen (soweit es nicht in die Finanzierung eingebracht wird)

Bank- und Sparkassenguthaben Lebensversicherung bei EUR

Bausparguthaben

Aktien Versicherungssumme EUR

Sonstige Wertpapiere Rückkaufwert EUR

Rentenpapiere

Beteiligungen an

Sonstiges Vermögen

Summe

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag:

(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

II. Vorhaben

12. Grundstück, für das eine Förderung beantragt wird

Kreis Flurstück Nr.

Gemeinde Größe qm

Gemarkung

Straße, Haus-Nr.

derzeit im Grundbuch eingetragener Eigentümer

Falls Erbbaurecht, Erbbauberechtigter

Laufzeit des Erbbaurechts bis Bei Eigentumswohnungen Nr. im Aufteilungsplan:

Miteigentumsanteil /1000

Das Grundstück ist unbebaut bebaut mit Wohnungen. Bleiben die Wohnungen erhalten? Ja Nein

Es liegt in einem Gebiet, das aufgenommen wurde in das Reihenhausprogramm
 die Wohnungsbauintiative "Innerstädtisches und stadtnahes Wohnen"
 das Sonderprogramm "Attraktive Innenstadt"

13. Gebäudebeschreibung

Geplant ist die Errichtung / Ersterwerb eines neuen Hauses mit Wohnungen
 in konventioneller Bauweise
 in Fertigteilbauweise

der Erwerb einer neuen Eigentumswohnung (ETW)
 Baubeginn (Monat/Jahr) Bezugsfertigkeit (Monat/Jahr)
 vorgesehener Einzugstermin

der Erwerb eines/einer vorhandenen gebrauchten Hauses/Eigentumswohnung
 im Rahmen des Programmes "Kostengünstige Mietprivatisierung"
 mit Wohnungen Baujahr des bestehenden Gebäudes
 Vorgesehener Einzugstermin wird bereits bewohnt seit
 Ist die Wohnung vermietet Ja Nein
 Wenn ja, bis wann
 das bereits vom Antragsteller mietweise genutzt wird seit dem
 Die Baumaßnahme wurde vor dem 01.01.97 genehmigt bzw. zum Bau freigegeben / Ja Nein

Änderungs- und Erweiterungsmaßnahme zur Schaffung von Wohnraum Baujahr des Gebäudes
 als Maßnahme des kostengünstigen Bauens oder des ökologischen und innovativen Bauens anerkannt Ja Nein

14. Nutzung:

Das Objekt wird von Anfang an selbst genutzt Ja Nein (wenn nein, bitte Gründe angeben)

15. Umfang und Größe des zu erstellenden bzw. zu erwerbenden Objektes

Zusätzliche Angaben bei Änderung oder Erweiterung Angaben zu den vorhandenen Räumen

Objekt Haus/ETW	Geschoss	Zimmer Anzahl	Küche Bad/WC	Wohnfläche in qm	Objekt Haus/ETW	Geschoss	Zimmer Anzahl	Küche Bad/WC	Wohnfläche in qm
Summe					Summe				

gewerbliche Räume mit Nutzfläche Garage/n

landwirtschaftliche Räume mit Nutzfläche

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: _____

(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben) _____

III. Kostenaufstellung

16. Gesamtkosten nach II. BV/DIN 276

Wenn Sie bauen, bitte dieses Feld benutzen

Grundstück

Kaufpreis oder Wert =

Erwerbskosten des Grundstücks

Makler

Notar

Grundbuchkosten

Grunderwerbsteuer

Erschließung u. Herrichten

Gebäude

cbm à

oder

Preis für das Fertighaus =

Keller zum Fertighaus =

Selbst- u. Nachbarhilfe
zuzügl. Materialkosten

oder
Festpreis für das
schlüsselfertige Haus =

Garage(n)

Zusätzliche Kosten/
behindertengerechter Ausbau

Sonderausstattung(en)

Außenanlagen

Entwässerungs- und Versorgungsanschlüsse

Hof, Wege, Einfriedung

Gartenanlage

Sonstiges

weitere Kosten

Architekt, Statik

Behördenleistungen (z.B. Baugenehmigung)

Nebenkosten

Finanzierungskosten (Disagio)

Sonstige Kosten

= **Gesamtkosten**

Wenn Sie **kaufen / ändern oder erweitern**, bitte dieses Feld benutzen

Kauf/Änderung oder Erweiterung

Kaufpreis Gebäude/Wert verwendeter Gebäudeteile

davon Grundstückswert
(soweit bekannt)

Erwerbskosten:

Makler

Notar

Grundbuchkosten

Grunderwerbsteuer

Instandsetzung/Renovierung

Umbau, Ausbau, Erweiterung

(bitte Beschreibung der Maßnahmen beilegen
oder den Raum für Erläuterungen benutzen)

Nebenkosten:

Finanzierungskosten (Disagio)

Sonstige Kosten

= **Gesamtkosten**

Raum für Erläuterungen:

**Alle Antragsteller versichern
die Richtigkeit der Angaben in
diesem Antrag:**

(Hinweis: Alle Seiten sind zu
unterschreiben)

IV. Finanzierung

17. Finanzierungsplan

Geldgeber Art der Finanzierungs- mittel	Nennbetrag EUR	Aus- zahl- kurs %	Zins- fest- schrei- bung Jahre	Jährliche Belastung aus			Gesamtbelastung aus Finanzierung mit Fiktivberechnung im Jahr in EUR
				Zinsen, Verwaltungs- kosten in % EUR	Zinsen bei Fiktivrech- nung EUR	Tilgung LV-Beitrag Bausparbeitrag in % EUR	
1	2	3	4	5	6	7	
1. stellige Fremdmittel- finanzierung (Bei Altbelastungen Spalte 1: Ursprungsbetrag Spalte 2: Restschuld)							
Ergänzungsdarlehen nach dem Programm der Förderbank							
KfW-Darlehen über Förderbank							
Bauspar- darlehen							
EHZ-Darlehen nach dem Programm der Förderbank							
Förderdarlehen Zinsverb. Kapitalmarktdarl.							
A-Darlehen							
Kapitalmarktdarlehen mit städt. Zinsverbilligung							
Familienbau- darlehen							
1. Teilbetrag Zinsverb. Kapitalmarktdarl. der L-Bank							
2. Teilbetrag Zinsreduziertes Kapital- marktdarlehen							
EV-Darlehen nach dem Programm der Förderbank							
sonstige Finan- zierung Vorfinanzierte Eigenheimzulage							
Jährlicher Erbbauzins							
Verl. Baukostenzuschuss							
17.1 Summe Finanzierungsmittel							

Eigenleistung	Wert des eigenen Baugrundstücks (ggf. mit Eigenmitteln bezahlter Kaufpreis)	
	Wert verwendeter Gebäudeteile gem. Ziff. 17	
	Barmittel, Bankguthaben (eigene)	
	Barmittel (Schenkung)	
	Anspar. a. Bausparvertrag	
	Wert der Selbsthilfe lt. Vordruck 0004	
17.2 Summe		= <input type="text"/> % der Gesamt- finanzierung
Gesamtfinanzierung Summen 17.1 + 17.2		

18. Objektbelastung

Belastung aus Finanzierung

zuzüglich
Bewirtschaftungskosten
– pauschal – für Gebäude/Wohnung
 m² zu EUR jährlich = +

Bewirtschaftungskosten gewerblich genutzter Räume
 m² zu EUR jährlich = +

Bewirtschaftungskosten vermieteter Wohnräume
 m² zu EUR jährlich = +

Zwischensumme

abzüglich
Jahreserträge (Mietträge)
aus vermieteten Wohnungen (auch Einliegerwohnung)
 m² zu EUR x 12 = ./

aus gewerblich genutzten Räumen
 m² zu EUR x 12 = ./

Objektbelastung jährlich

Objektbelastung monatlich =

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag:
(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

V. Erklärungen der/des Antragsteller/s

19. Bestehende Geschäftsverbindungen

Falls Sie bereits Schuldner/Mitschuldner/Bürge(n) von Darlehen sind, die von der L-Bank zugesagt bzw. verbürgt wurden, bitte Angabe der Konto- bzw. Bürgschaftsnummer:

Person 1 Konto Nr.	<input type="text"/>	Person 2 Konto Nr.	<input type="text"/>
Mitschuldner zu Konto Nr.	<input type="text"/>	Bürge zu Konto Nr.	<input type="text"/>

Bei mehrheitlicher Beteiligung an einem Unternehmen:
Unternehmer ist Schuldner/Mitschuldner/Bürge nachstehender bewilligter oder verbürgter Darlehen

20. Sonstige Verpflichtungen Bitte ausfüllen, um Rückfragen zu vermeiden!

Ich / Wir erkläre/n,

keine weiteren Verpflichtungen weitere Verpflichtungen wie nachfolgend aufgelistet

zu haben (Verträge, gerichtliche Entscheidungen etc. als Nachweise beifügen):

Ratendarlehen / sonstige Kredite

Ursprungsbetrag	<input type="text"/>	Höhe Restschuld	<input type="text"/>	EUR	mtl. Zahlungsverpflichtung	+	<input type="text"/>	EUR
Bürgschaft Höhe der verbürgten Forderung			<input type="text"/>	EUR	Fiktive Belastung mtl. hieraus (8 % Zins, 1 % Tilgung)	+	<input type="text"/>	EUR
Leasingraten Höhe Leasingbetrag			<input type="text"/>	EUR	Rate mtl.	+	<input type="text"/>	EUR
Sonstige Verpflichtungen Höhe insgesamt			<input type="text"/>	EUR	Belastung mtl.	+	<input type="text"/>	EUR
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt			<input type="text"/>	EUR			<input type="text"/>	EUR

21. Erklärungen

Ich/Wir versichere/n, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätige ich, dass die aufgeführten Haushaltsangehörigen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlicher Nebentätigkeit. Die erforderlichen Nachweise und Belege sind beigelegt.

Ich/Wir haben

keine weitere Förderung
 folgende weitere Förderung

für das Bauvorhaben beantragt:

bei wem

was

Soweit ein EHZ-/EV-Darlehen oder ein Familienbaudarlehen, 2. Teilbetrag, beantragt ist, wird versichert, dass die Eigenheimzulage in kein anderes Darlehen als Bestandteil von Zins- und Tilgungsleistung eingebracht wird.

Ich versichere, dass die von mir angegebenen eigenen Barmittel nicht mit der Eigenheimzulage oder sonstigen Mitteln durch ein Darlehen einer Bank vorfinanziert werden.

Die Gewährung der Fördermittel kann versagt oder widerrufen werden, soweit vorstehende Angaben bewusst unrichtig oder unvollständig sind. Mir/uns ist bekannt, dass zu Unrecht ausgezahlte Gelder unverzüglich zurückzahlen und diese Beträge vom Tag ihrer Auszahlung bis zu ihrer Rückzahlung mit 3% über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen sind. Mir/Uns ist bekannt, dass es bei vorzeitigem Baubeginn bzw. Vertragsabschluss und bei Nichteinhaltung der Niedrigenergiebauweise bzw. der Energiesparverordnung von 2002 nach deren Inkrafttreten keine Fördermittel gibt.

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: _____

(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben) _____

22. Erteilung Einzugsermächtigung

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns für den Fall, dass ein EHZ- oder EV-Darlehen zugesagt wird, der L-Bank eine Einzugsermächtigung sowohl für die monatlich zu zahlende Darlehensrate als auch für den jährlich einmal zu zahlenden Betrag, der der Höhe nach der bei Bewilligung zu Grunde gelegten Eigenheimzulage entspricht, zu erteilen, soweit er eine solche noch nicht erteilt hat.

23. Ich/Wir beantrage/n ausdrücklich, die Förderdarlehen/Zuschüsse/Bürgerschaft/EHZ-Darlehen/EV-Darlehen, wie im Finanzierungsplan angegeben. Mir/uns ist bekannt, dass die im Finanzierungsplan angegebenen Zinssätze freibleibend sind und von der L-Bank erst bei Darlehenszusage verbindlich festgelegt werden.

Das im Finanzierungsplan von mir/uns angegebene Ergänzungsdarlehen wird mit monatlicher Ratenzahlung

- sofort beantragt oder
- später beantragt. Um die Abgabe eines Angebotes wird gebeten.

24. Datenschutz:

Der Bauherr/Bewerber wird darauf hingewiesen, dass die bei ihm erhobenen Daten für die Bearbeitung der beantragten Darlehen/Zuschüsse/Bürgerschaft benötigt werden; gleichzeitig ist er damit einverstanden, dass Auskünfte bei der SCHUFA (s. nachstehend) eingeholt werden. Er willigt in die Verarbeitung, insbesondere das Speichern, Nutzen und Übermitteln, der erhobenen Daten zum Zweck der Bewilligung und Verwaltung der gewährten Gelder ein. Dazu zählt auch die Übermittlung von Daten an das Bürgermeisteramt, Landratsamt sowie die SCHUFA. Dem Antrag kann nur stattgegeben werden, wenn die geforderten Daten vollständig mitgeteilt und in die Datenverarbeitung eingewilligt wurde.

25. SCHUFA-Klausel

Ich/Wir willige(n) ein, dass die L-Bank der SCHUFA Holding AG, Hagenauer Strasse 44, 65203 Wiesbaden, Daten über die Beantragung, die Aufnahme (Kreditnehmer, Mitschuldner) dieses grundpfandrechtlich gesicherten Kredites sowie dessen Rückzahlung übermittelt.

Unabhängig davon wird die L-Bank der SCHUFA auch Daten aufgrund nicht vertragsgemäßen Verhaltens (z.B. Forderungsbetrag nach Kündigung) übermitteln. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz nur erfolgen, soweit dies nach der Abwägung aller betroffenen Interessen zulässig ist.

Insoweit befreie ich/befreien wir die L-Bank zugleich vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA speichert und übermittelt die Daten an ihre Vertragspartner im EU-Binnenmarkt, um diesen Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Vertragspartner der SCHUFA sind vor allem Kreditinstitute sowie Kreditkarten- und Leasinggesellschaften. Daneben erteilt die SCHUFA auch Auskünfte an Handels-, Telekommunikations- und sonstige Unternehmen, die Leistungen und Lieferungen gegen Kredit gewähren. Die SCHUFA stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde. Zur Schuldnerermittlung gibt die SCHUFA Adressdaten bekannt. Bei der Erteilung von Auskünften kann die SCHUFA ihren Vertragspartnern ergänzend einen aus ihrem Datenbestand errechneten Wahrscheinlichkeitswert zur Beurteilung des Kreditrisikos mitteilen (Score-Verfahren).

Ich kann/Wir können Auskunft bei der SCHUFA über die mich/uns betreffenden gespeicherten Daten erhalten. Weitere Informationen über das SCHUFA-Auskunfts- und Score-Verfahren enthält ein Merkblatt, das auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Adresse der SCHUFA lautet:

SCHUFA Holding AG, Verbraucherservice, Postfach 600509, 44845 Bochum.

SCHUFA Holding AG, Verbraucherservice, Postfach 5640, 30056 Hannover.

Rechtsverbindliche Unterschriften Antragsteller

Ort, Datum

1. Person
2. Person

26. Beauftragter der Antragsteller

Werden Dritte (z. B. Finanzierungsvermittler) mit der Wahrnehmung der Interessen der Antragsteller beauftragt, so können Auskünfte, der Schriftwechsel u. ä. nur dann dem Vertreter erteilt werden, wenn eine entsprechende von allen Antragstellern unterzeichnete Vollmacht im Original vorliegt.

27. An Unterlagen sind beigefügt:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> 1. Genehmigungsfähiges Baugesuch (incl. Lageplan bzw. Lageplanskizze) – auch für Garagen | <input type="checkbox"/> 6. Schriftliche Nachweise der Fremdmittel und Eigenleistungen |
| <input type="checkbox"/> 2. Baubeschreibung nach Vordruck 9050 | <input type="checkbox"/> 7. Nachweise zur Gebäudeversicherung, sofern bereits abgeschlossen |
| <input type="checkbox"/> 3. Detaillierte Wohnflächenberechnung | <input type="checkbox"/> 8. Einkommensnachweise |
| <input type="checkbox"/> 4. Detaillierte Berechnung des umbauten Raumes | <input type="checkbox"/> 9. Energiebedarfsausweis |
| <input type="checkbox"/> 5. Grundbuchabschrift neuesten Datums | <input type="checkbox"/> 10. Foto bei Erwerb von gebrauchtem Wohnraum |

Erläuterungen zum Antrag Eigentumsförderung

Vorbemerkung

Diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen des Antrages helfen. Verwenden Sie diesen Antrag bitte, wenn Sie eine Wohnung zur Selbstnutzung bauen oder kaufen wollen.

Fördermittel für selbst genutzten Wohnraum werden nach Vorschriften vergeben, die Sie u.a. im Wohnraumförderungsgesetz – WoFG (Bundesgesetzblatt I 2001, Seite 2376 ff.) und den Wohnraumförderungsbestimmungen des Landes Baden-Württemberg finden.

Andere gesetzliche Bestimmungen verpflichten uns auch zur persönlichen Identifizierung unserer neuen Kunden. Diese kann durch das Bürgermeisteramt des Bauortes erfolgen. Deshalb sollte der Antrag von sämtlichen Antragstellern persönlich dort abgegeben werden. Bringen Sie hierzu auch Ihren Personalausweis mit. Ist ein persönliches Erscheinen nicht möglich, muss die Identifizierung spätestens vor Darlehensauszahlung, z. B. durch einen Notar oder durch den Postident Service erfolgen.

Der Antrag ist in **dreifacher Fertigung** beim Bürgermeisteramt des Bauorts einzureichen. Voraussetzung für eine Förderzusage der L-Bank ist u.a. ein Fördervorschlag der für den Bauort zuständigen Wohnraumförderungsstelle beim Landratsamt oder in Stadtkreisen beim Bürgermeisteramt. Auch diese Stellen informieren und beraten Sie zur Wohnraumförderung.

Wenn Sie ein **Familienbaudarlehen** beantragen wollen, reichen Sie bitte Ihren Antrag in **zweifacher Fertigung** bei der Wohnraumförderungsstelle ein, die für Ihren Bauort zuständig ist.

Bitte unbedingt beachten:

Wenn Sie den Förderantrag beim Bürgermeisteramt bzw. der Wohnraumförderungsstelle abgegeben haben, dürfen Sie nicht sofort kaufen oder mit dem Bau beginnen. Das dürfen Sie erst, wenn die Wohnraumförderungsstelle Ihren Antrag in das Programm aufgenommen hat. Ihre Finanzierung ist aber erst gesichert, wenn Sie die Förderzusage der L-Bank haben. Wir raten Ihnen deshalb, auch unsere Förderzusage abzuwarten, denn erst dann ist Ihre Finanzierung gesichert.

I. Persönliche Angaben

Zu Ziff. 1: Antragsteller

Beantragt werden die Fördermittel von den hier genannten Personen. Sie haben auch als Gesamtschuldner die Verpflichtungen aus dem mit der L-Bank abzuschließenden Darlehensvertrag zu übernehmen. Sie sind gemeinsam (künftige) Eigentümer oder Erbbauberechtigte eines Grundstücks oder kaufen zusammen eine Eigentumswohnung.

Die Antragsteller haben auf Verlangen ihren Personenstand nachzuweisen oder glaubhaft zu machen.

Nach dem Jahr der Eheschließung wird gefragt, weil Ehepaare bis zum Ablauf des fünften Kalenderjahres nach der Eheschließung, sofern sie noch nicht das 40. Lebensjahr vollendet haben, zur Einhaltung der Einkommensgrenze einen Freibetrag von 4.000 EUR nutzen können.

Angaben zum Güterstand sind nur von verheirateten Antragstellern zu machen. Üblich ist bei Antragstellern mit deutscher Staatsangehörigkeit der gesetzliche Güterstand der Zugewinngemeinschaft, der immer gilt, wenn nichts anderes durch Ehevertrag vereinbart wurde. Antragsteller mit ausländischer Staatsangehörigkeit kreuzen entweder den Güterstand an, der am ähnlichsten ist oder erläutern ihn auf einem gesonderten Blatt.

Soweit eine Lebenspartnerschaft besteht, ist üblicherweise von einer Ausgleichsgemeinschaft auszugehen. Ein Lebenspartnerschaftsvertrag wird notariell abgeschlossen.

Auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften sind Lebensgemeinschaften, die eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen und Miteigentümer werden. In diesen Fällen ist eine Förderung ausgeschlossen, soweit einer oder beide Partner jeweils noch mit Dritten verheiratet sind und das Scheidungsverfahren noch nicht eingeleitet wurde.

Antragsteller ohne deutsche Staatsangehörigkeit können Fördermittel erhalten, wenn einem Aufenthalt auf Dauer nichts im Wege steht, denn die Eigentumsförderung zielt auf die dauerhafte Wohnraumversorgung.

Geben Sie bitte jeweils das genaue Alter der Kinder an, da beim Kreis der Förderberechtigten im Regelfall nur Kinder bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt werden und bei Einhaltung der Einkommensgrenze in Abhängigkeit vom Alter der Kinder ein Freibetrag in Betracht kommen kann.

Zu Ziff. 2: Sanierungsgebiet

Diese Frage ist nur dann mit "Ja" zu beantworten, wenn Sie aufgrund der Aufforderung durch die Gemeinde das Wohneigentum aufgeben müssen, weil Ihr Objekt in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet liegt.

Zu Ziff. 3: Arbeitsverhältnis/Elternzeit

Bei der Förderung von selbst genutztem Wohneigentum muss die Belastung auf Dauer tragbar erscheinen (§ 11 Abs. 4 WoFG). Dies setzt die Kreditwürdigkeit oder Bonität voraus, damit die angestrebte langfristige Wohnungsversorgung erreicht wird. Voraussetzung hierfür sind u.a. langfristige ausreichende Geldeinnahmen.

Soweit Elternzeit in Anspruch genommen wird, ist eine Erklärung erforderlich, ob nach Ablauf der Elternzeit die Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen wird und in welchem Umfang (z. B. halbtags statt bisher ganztags).

Zu Ziff. 5: Angaben zum Bruttoeinkommen

Fördervoraussetzung ist u.a. die Einhaltung bestimmter Einkommensgrenzen. Maßgebend ist das voraussichtliche Gesamteinkommen des Haushalts, d.h. das voraussichtliche Jahreseinkommen aller Haushaltsangehörigen im Monat der Antragstellung und in den folgenden elf Monaten.

Haushaltsangehörige sind, sofern sie zusammen mit dem Antragsteller in einem Haushalt leben und eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen

- der Antragsteller und sein Ehegatte,
- der Lebenspartner,
- Geschwister, Tanten, Onkel,
- der Partner einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft

sowie deren Verwandte in gerader Linie (Großeltern, Kinder, Enkel) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Geschwister), Schwägerin in gerader Linie (Schwiegereltern, Stiefeltern, -kinder) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Schwager und Schwägerin).

Jahreseinkommen ist nach § 21 Abs. 1 WoFG die Summe der positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes jedes Haushaltsangehörigen sowie bestimmte steuerfreie Einnahmen nach § 21 WoFG. Ein Ausgleich mit negativen Einkünften ist nicht erlaubt.

Einzutragen sind die Einnahmen der letzten zwölf Monate vor Antragstellung, wenn sichere Aussagen über die im Monat der Antragstellung und den folgenden 11 Monaten zu erwartenden Einnahmen nicht möglich sind. Tragen Sie bitte die Einnahmen einzeln und mit ihrem Bruttobetrag ein.

Es sind alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert anzugeben, ohne Rücksicht darauf, ob sie steuerpflichtig sind oder nicht. Zu den Einnahmen gehören u.a. die Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen, Warte- und Ruhegelder, Witwen- und Witwerrenten, Waisengelder, Renten einschl. Zusatz- und Betriebsrenten, Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit, aus Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen auf Sparguthaben), aus Vermietung und Verpachtung, Lohnersatzleistungen, Unterhaltsleistungen, Sachleistungen.

Für jede Einkommensart sind die Werbungskosten/Betriebsausgaben gesondert anzugeben und nachzuweisen. Bei Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit und Kapitalvermögen wird der Werbungskostenpauschbetrag bereits von Amts wegen berücksichtigt.

Kindergeld ist bei den sonstigen Einnahmen nicht anzugeben.

Gefragt wird nach der Zahlung von Steuern auf das Einkommen und die Entrichtung von Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, weil dann bei der Einkommensgrenze jeweils 10 % pauschal vom Jahreseinkommen abgezogen werden dürfen.

Werden keine Pflichtbeiträge geleistet, so werden laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen in der tatsächlich geleisteten Höhe, höchstens aber bis zu jeweils 10 % des Jahreseinkommens abgezogen, wenn die Beiträge der Zweckbestimmung der Pflichtbeiträge entsprechen.

Berechnet wird das Einkommen zur Einhaltung der Einkommensgrenze von der Wohnraumförderungsstelle anhand Ihrer Angaben und vorgelegten Nachweise. Das sind im Wesentlichen:

- Verdienstbescheinigungen der letzten drei Monate u.ä.;
- Belege über einmalige jährliche Sonderzahlungen wie z.B. Weihnachts-, Urlaubsgeld u.ä.;
- Bei Selbstständigen: Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Einnahmen-/Ausgaben-/Überschussrechnung mit Prüfungsvermerk des Steuerberaters) und die jeweiligen Einkommensteuerbescheide;
- Rentenbescheide mit den jeweils letzten Änderungsmitteilungen;
- Unterhaltsleistungen: Unterhaltstitel oder -vereinbarungen mit Angaben über Art und Höhe sowie über die begünstigte Personen;
- Bei Sozialleistungen: die jeweils letzten Bescheide mit Angaben zur Art und Höhe sowie den begünstigten Personen beispielsweise bei Stipendien, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) oder dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), Leistungen oder Sozialhilfe und/oder Kriegsofopferfürsorge.

Zu Ziff. 6: Kindergeld

Geben Sie hier bitte die Anzahl der zum Bezug von Kindergeld berechtigenden Kinder an, selbst wenn Sie anstelle des Kindergeldes steuerliche Kinderfreibeträge geltend gemacht haben. Die Höhe des Kindergeldes können Sie in einem Gesamtbetrag angeben.

Das Kindergeld beträgt ab 1. Januar 2002:

- jeweils 154 EUR für das erste, zweite und dritte Kind
- jeweils 179 EUR für das vierte und jedes weitere Kind.

Zu Ziff. 7: Veränderungen der Einnahmen

Kreuzen Sie "Ja" bitte nur an, wenn Ihnen auch schon der neue monatliche Betrag bekannt ist. Beim "Grund" für die Veränderung der Einnahmen ist auch eine Veränderung bei der Art der Einnahmen anzugeben.

Beispiel:

Bisher waren Sie Angestellter. Demnächst machen Sie sich beruflich selbstständig. Dann ist unter Grund "selbstständig" anzugeben.

Zu Ziff. 8: Zusammenleben mit Kindern

Sie leben allein mit Kindern zusammen, wenn Sie weder mit Familien- noch mit sonstigen Haushaltsangehörigen in einem Haushalt zusammenleben.

Hintergrund für diese Frage ist, dass Sie bei der Einkommensgrenze möglicherweise einen Freibetrag von 600 EUR für jedes Ihrer Kinder unter zwölf Jahren nutzen können, wenn Sie wegen Erwerbstätigkeit oder Ausbildung nicht nur kurzfristig vom Haushalt abwesend sind.

Zu Ziff. 10: Unterhaltspflichtige Familienangehörige

Hier sind Unterhaltsleistungen und deren Empfänger, soweit sie gesetzlich zu leisten sind, einzutragen. Im bejahenden Falle können Sie beim Einkommen nach § 9 WoFG möglicherweise Abzugsbeträge nutzen.

Zu Ziff. 11: Vermögensverhältnisse

Hier nennen Sie bitte nur die Vermögenswerte, die Sie nicht für die Finanzierung Ihres Vorhabens einsetzen wollen.

Ausgeschlossen ist eine Förderung, wenn sie auch bei Einhaltung der Einkommens- und Belastungsgrenze offensichtlich nicht gerechtfertigt wäre. Dies gilt vor allem dann, wenn die vorhandenen Eigenmittel bereits zur angemessenen Versorgung mit Wohnraum ausreichen.

Jede bereits vorhandene eigene Wohnung ist – unabhängig von ihrer Nutzung – getrennt anzugeben. Ist eine eigene Wohnung bereits vorhanden oder wurde sie kurz zuvor aufgegeben, so ist im Regelfall eine Förderung ausgeschlossen, wenn sie von ausreichender Größe und ausreichendem Zuschnitt ist. Bei einem 4-Personen-Haushalt wird eine Wohnung von 90 m² Wohnfläche als ausreichend angesehen.

II. Bauvorhaben

Zu Ziff. 12: Bauvorhaben

Sind oder werden Sie Erbbauberechtigter, achten Sie bitte darauf, dass das Erbbaurecht auf eine angemessene Dauer bestellt ist. Bei Neubestellung von Erbbaurechten wird ein Zeitraum von 99 Jahren, mindestens aber von 75 Jahren erwartet. Im Übrigen ist darauf zu achten, dass das Erbbaurecht noch so lange läuft, dass Sie im Alter nicht Ihr Heim verlieren und das Erbbaurecht frühestens zehn Jahre nach der vollständigen Rückzahlung der grundpfandrechtlich gesicherten Darlehen endet.

Zu Ziff. 15: Wohnungsgröße

Die Berechnung der Wohnfläche richtet sich nach § 19 Abs. 1 WoFG in Verbindung mit der Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche, über die Aufstellung von Betriebskosten und zur Änderung anderer Verordnungen vom 25. November 2003 (Bundesgesetzblatt I, 2003, S. 2346ff).

III. Kostenaufstellung

Zu Ziff. 16: Gesamtkosten

Beim Baugrundstück geben Sie bitte den Preis für den Quadratmeter sowie den jeweiligen Gesamtpreis an.

Dies gilt nicht, wenn Sie auf einem Erbbaurechtsgrundstück bauen. Zu den Kosten des Baugrundstücks zählen hier nur die Erwerbs- und Erschließungskosten, die bei Bestellung oder Erwerb des Erbbaurechts und bei Durchführung des Bauvorhabens entstehen.

Beim Erwerb vom Bauträger und beim Erwerb von gebrauchten Objekten ist eine Aufgliederung nach Kosten für Gebäude, Außenanlagen usw. häufig nicht möglich. Ausreichend ist dann die Angabe des Gesamtpreises.

Zu den Erschließungskosten gehören auch

- Kosten zur Erlangung der freien Verfügung über das Grundstück für das Herrichten des Grundstücks,
- Anliegerleistungen für Straßen, Gehwege, Entwässerungs- und Versorgungsanlagen.

Die Kosten vom Hausanschluss an das Leitungsnetz gehören zu den Kosten der Außenanlagen. Zu den reinen Baukosten gehören dagegen die Kosten der Entwässerungs- und Versorgungsanlagen innerhalb des Gebäudes

Bei den Baukosten geben Sie bitte den Kubikmeter-Preis und den jeweiligen Gesamtpreis an. Die Berechnung des umbauten Raumes richtet sich nach DIN 277.

Bei den Architekten- und Ingenieurkosten sind höchstens die Sätze der Gebührenordnung (HOAI) anzusetzen.

Bei den sonstigen Nebenkosten sind beispielsweise einzukalkulieren die Kosten:

- für die Zwischenfinanzierung während der Bauzeit,
- für bewegliche Sachen, die nicht fest mit dem Grundstück oder der Außenanlage verbunden sind, z.B. Müllkästen, Feuerlöschgeräte.

IV. Finanzierung

Zu Ziff. 17: Finanzierungsplan

Im Finanzierungsplan sind die Darlehensgeber in der Reihenfolge zu nennen, wie die Absicherung im Grundbuch erfolgen soll. Dabei wurde die regelmäßige Rangfolge für die von der L-Bank gewünschten Darlehen bereits vorgegeben.

EHZ- und das EV-Darlehen können Sie beantragen, soweit Sie eine Eigenheim- und Kinderzulage nutzen können und noch kein Objektverbrauch eingetreten ist. Objektverbrauch bedeutet, dass bereits früher für ein anderes Objekt steuerliche Vorteile, insbesondere nach § 10e Einkommensteuergesetz in Anspruch genommen wurden. Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt. Dies gilt auch für den 2. Teilbetrag des Familienbaudarlehens.

Bitte beachten Sie, eigene Barmittel dürfen **nicht** aus einem Darlehen stammen, das dann z. B. mit der Eigenheimzulage zurückgezahlt wird. Diese Mittel sind unter "vorfinanzierter Eigenheimzulage" oder sonstigen Finanzierungsmitteln anzugeben.

Die Selbsthilfe ist in Höhe der dabei ersparten Baukosten anzusetzen. Wir warnen vor überhöhten Ansätzen, weil nach der Erfahrung dies häufig zu Finanzierungslücken führt und Sie finanziell gefährdet. Auch verlängert das häufig die Bauzeit.

Ist der Zinssatz für Fremdmittel auf weniger als 8 Jahre festgeschrieben und liegt er unter 8 %, so wird in der Gesamtbelastung eine Fiktivberechnung mit einem Zinssatz von 8 % aufgestellt. Hintergrund ist, dass die Gesamtbelastung auf Dauer tragbar sein muss. Mit dieser Fiktivberechnung soll auch den Risiken Rechnung getragen werden, die dadurch entstehen, dass bei Ablauf der Zinsfestschreibung das Zinsniveau gestiegen ist.

Zu Ziff. 18: Objektbelastung

Zu der Belastung aus der Finanzierung sind noch die Bewirtschaftungskosten hinzurechnen. Folgende Pauschalbeträge im Jahr sind einzusetzen:

- eigengenutzter Wohnraum
im eigenen Haus 20 EUR/m² Wohnfläche
- Eigentumswohnung 25 EUR/m² Wohnfläche
ohne Aufzug und Hausmeister 23 EUR/m² Wohnfläche
- gewerblich genutzte Räume 18 EUR/m² Wohnfläche
- vermieteter Wohnraum im
Mehrfamilienhaus 14 EUR/m² Wohnfläche
- vermietete Einliegerwohnung
im Einfamilienhaus 11 EUR/m² Wohnfläche

V. Erklärungen der Antragsteller

Zu Ziff. 19: Bestehende Geschäftsverbindungen

Hintergrund dieser Frage sind Verpflichtungen, die den Banken nach dem Gesetz über das Kreditwesen KWG obliegen.

Zu Ziff. 20: Sonstige Verpflichtungen

Bitte geben Sie alle sonstigen Verpflichtungen wie Konsumentenkredite u.ä. an. Bürgen Sie für Darlehen Dritter, so wird auch hier Ihre Belastung fiktiv berechnet. Dabei wird so gerechnet, wie wenn Sie als Bürge zahlen und hierfür einen Kredit aufnehmen müssten.

Zu Ziff. 21: Vorzeitiger Baubeginn

Ein vorzeitiger Baubeginn liegt vor, wenn vor dem Förderanschlag der Wohnraumförderungsstelle z. B.

- der Rohbau in Auftrag gegeben wird

- ein Vertrag über die Lieferung eines Fertighauses, ein notarieller Vertrag, verbindlicher genossenschaftlicher Kaufanwartschaftsvertrag oder ein sonstiger Vertrag mit entsprechendem wirtschaftlichen Inhalt geschlossen wird oder
- mit den Bauarbeiten begonnen wird.

Zu Ziff. 27: Unterlagen

Folgende Unterlagen sind mindestens – soweit nicht anders angegeben einmal im Original oder in beglaubigter Fotokopie (Bestätigung durch Wohnraumförderungsstelle ausreichend) – beizufügen:

- Lageplan bzw. Lageplanskizze, auch für Garagen. Für die Beantragung der Fördermittel reicht eine Kopie des Lageplans aus, wie er bei der Gemeinde vorliegt. Ein amtlicher Lageplan wird ggf. nachgefordert.
- Bauzeichnungen, auch für Garagen, wie sie nach dem Kenntnissgabeverfahren oder Baugenehmigungsverfahren notwendig sind. Falls erforderlich, können weitere Unterlagen durch die L-Bank nachgefordert werden.
- Baubeschreibung nach Vordruck 9050 in dreifacher Fertigung,
- Detaillierte Wohnflächenberechnung in dreifacher Fertigung,
- Detaillierte Berechnung des umbauten Raumes nach in dreifacher Fertigung,
- Unbeglaubigte Grundbuchabschrift neuesten Datums,
- Schriftliche Nachweise der Fremdmittel und Eigenleistungen.

Die schriftlichen Finanzierungszusagen der Geldgeber müssen aktuell sein und neben dem Betrag genaue Angaben zum Darlehensbetrag sowie die Zins-, Auszahlungs- und Rückzahlungsbedingungen enthalten, Darlehenszusagen von Bausparkassen zusätzlich die Ansparsumme.

Zum Nachweis der Selbst- und Nachbarhilfe nutzen Sie bitte unseren Vordruck 0004, unterschrieben vom Bauherrn, Architekten und den Helfern (mit Berufsangaben),

- Kopie der Versicherungspolice zur Gebäude/Elementarschadensversicherung, sofern bereits abgeschlossen,
- Einkommensnachweise aller Haushaltsangehörigen über das Bruttoeinkommen im Jahr vor der Antragstellung und über das aktuelle Bruttoeinkommen (siehe Ziff. 5) sowie ggf. Einkommensteuerbescheid,
- ggf. Nachweise zur Schwerbehinderung,
- Foto des Objekts bei Erwerb von gebrauchtem Wohnraum,
- Nachweise über Kindergeld, sofern vorhanden.

Baubeschreibung

Gebäude-Flurst.-Nr. _____ -Straße in _____

Bauherr _____

Planverfasser gem. § 43 LBO _____

Bauleiter gem. § 45 LBO _____

A. Baugrundstück

Lage des Baugebiets gem. 1. Abschn. d. BauNVO _____

Erschließung _____

Baugrundverhältnisse _____

B. Bauart und Baustoffe

 Konventionelle Bauweise Fertighaus Ausbauhaus* Bausatzhaus*

* Bitte "Bemusterung" des Herstellers beifügen.

 Fertigteilm Bauweise _____

Fabrikat/System _____

Kelleraußenwände _____

Kellerinnenwände (tragende Wände) _____

Geschossaußenwände _____

Geschossinnenwände _____

Kellerdecken _____

Geschossdecken _____

Kellertreppe _____

Geschosstreppen _____

Dachkonstruktion _____

Dachdeckung _____

Außenwandflächen (Material) _____

Innenwandflächen (Material) _____

Fenster (Art, Typ, Material) _____

Fensterläden (Art, Typ, Material) _____

Türen (Art, Typ, Material) _____

Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau)

a) Wohnräume

b) Küchen, Bad usw.

Bautechnische Sondermaßnahmen

a) für den Wärmeschutz

b) für den Schallschutz

Sonstiges _____

C. Versorgungs-Einrichtungen / Ausstattung

 Wasser Abwasser Strom Gas

Heizungseinrichtungen für sämtliche Räume

 ja nein

Einzel-, Kachelofenheizung

Zentralheizung im Haus

 mit Niedertemperatur-Heizkessel

 mit Brennwertkessel

Heizenergie:

 Kohle Öl Gas Strom _____

Anschluss an eine

 Nahwärmeversorgung Fernwärmeversorgung

 Einzelheizgerät(e) / Zusätzlicher Einzelofen

Warmwasserversorgung für sämtliche Zapfstellen

 ja nein

 Wenn ja: mit Einzelgeräten zentrale Warmwasserbereitung

Besonderes _____

 Wohnungsabschluss ja nein

 WC ja nein

 Eingerichtetes Bad ja nein

Anschlüsse für

 Einbauküche ja nein

 Einbaumöbel ja nein

 Fernsehsammelanschluß ja nein

 Spüle ja nein

 Herd ja nein

 Kühlschrank ja nein

 Waschmaschine ja nein

 Hausfernsprecher mit Türschließenanlage ja nein

 Aufzug ja nein

Zutreffendes bitte ankreuzen

bitte wenden

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben:

(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

D. Außenanlagen

Hof- und Zuwegbefestigung

Einfriedigung

Gärtnerische Anlage

E. Niedrigenergiebauweise (Bestätigung des Planverfassers – nur bei Neubauvorhaben)

Die Ausführung des Vorhabens wird so geplant, dass der Jahres-Heizwärmebedarf des Gebäudes 75 vom Hundert der nach Anlage 1 Tabelle 1 der Wärmeschutzverordnung – WärmeschutzV – vom 16.08.1994 (BGBl. I S. 2121) zulässigen Werte nicht überschreitet (Ausführung in Niedrigenergiebauweise). Im übrigen werden die Anforderungen der WärmeschutzV und der technischen Baubestimmungen DIN 4108 Teil 2 und 3, Ausgabe August 1981, eingehalten. **Dies gilt für alle Bauvorhaben, die vor dem 01.02.2002 genehmigt bzw. angezeigt wurden.**

Der Nachweis des energiesparenden Wärmeschutzes nach der Wärmeschutzverordnung (Wärmeschutznachweis)

liegt mir bereits vor. wird im Zuge der weiteren Planung erstellt.

Der Wärmebedarfsausweis nach § 12 Wärmeschutzverordnung

ist bereits ausgestellt und diesem Antrag als Anlage beigefügt. Der ausgewiesene Jahres-Heizwärmebedarf des Gebäudes beträgt _____ kWh / (m² a) bzw. _____ kWh / (m³ a) und damit _____ vom Hundert des zulässigen Wertes _____ kWh / (m² a) bzw. _____ kWh / (m³ a) (Anlage 1 Tabelle 1 WärmeschutzV).

wird noch erstellt. Eine Bestätigung des Jahres-Heizwärmebedarfs mit dem Wärmebedarfsausweis wird spätestens nach Erteilung der Darlehenszusage nachgereicht. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass in diesem Fall der Nachweis der L-Bank vor Auszahlung der Fördermittel vorliegen muss.

F. Wärmeschutz und Anlagentechnik

Das Vorhaben wird so geplant, dass für Gebäude mit normalen Innentemperaturen die Anforderungen der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparender Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung) eingehalten werden. **Dies gilt für alle Bauvorhaben, die nach dem 01.02.2002 genehmigt bzw. angezeigt wurden.**

Der Energiebedarfsausweis nach § 13 Energieeinsparverordnung für ein Gebäude mit normalen Innentemperaturen wird der L-Bank auf Anforderung vorgelegt.

G. Erläuternde/Ergänzende Beschreibung der Baumaßnahme

Der Bauherr und der Planverfasser verpflichten sich, bei der Planung und der Ausführung des Bauvorhabens die Wohnraumförderungsbestimmungen des Landes Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Insbesondere ist uns die Verpflichtung zur Führung eines Baubuches bekannt.

Ort, Datum

Der Bauherr

Der Planverfasser

Nachweis der Selbsthilfe zum Darlehensantrag

Bitte ausfüllen, wenn Eigenleistungen durch Eigenarbeit (Selbsthilfe) erbracht wird.

Kunden-Nr.:	Kennzeichen:	Konto-Nr.:
Bauherr/Bewerber	Bauvorhaben, Ort	
Anschrift Straße	Straße Nr.	
Wohnort	Kreis	

Bei den nachstehenden Gewerken werden Leistungen durch Selbsthilfe erbracht. (bitte Zutreffendes ankreuzen)

Art der Eigenleistung/Gewerke	Aufwand bei der Vergabe an einen Unternehmer ¹⁾ als Betrag in EUR	Einsparungen durch Selbsthilfe ²⁾ als Betrag in EUR
Bauplanung und ähnliches		
<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>		
Rohbau		
<input type="checkbox"/> Erdarbeiten		
<input type="checkbox"/> Kanalisationsarbeiten		
<input type="checkbox"/> Maurer- und Betonarbeiten		
<input type="checkbox"/> Zimmererarbeiten		
<input type="checkbox"/> Klempnerarbeiten		
<input type="checkbox"/> Dachdeckerarbeiten		
<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>		
Ausbau		
<input type="checkbox"/> Heizungsinstallationsarbeiten		
<input type="checkbox"/> Sanitärinstallationsarbeiten		
<input type="checkbox"/> Elektroinstallationsarbeiten		
<input type="checkbox"/> Glaserarbeiten		
<input type="checkbox"/> Schreinerarbeiten		
<input type="checkbox"/> Schlosserarbeiten		
<input type="checkbox"/> Innenputzarbeiten		
<input type="checkbox"/> Estricharbeiten		
<input type="checkbox"/> Fliesenarbeiten		
<input type="checkbox"/> Fußbodenbeläge		
<input type="checkbox"/> Maler- und Tapezierarbeiten		
<input type="checkbox"/> Außenfassade		
<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>		
Außenanlage		
<input type="checkbox"/> Planierungsarbeiten		
<input type="checkbox"/> Gartenanlage		
<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/>		
Wert der Selbsthilfe ²⁾		

1) Diese Beträge sind für die jeweiligen Gewerke als Kosten anzusetzen und bei der Kostenzusammenstellung im Darlehensantrag zu berücksichtigen.
2) Dieser Betrag ist im Finanzierungsplan als Wert Selbsthilfe bei den Eigenleistungen anzusetzen.

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben:

(Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

Der Bauherr sowie die nachstehend genannten Personen bestätigen mit ihrer Unterschrift, dass sie die vorgegebene Selbsthilfe unentgeltlich leisten werden.

Name und Anschrift	Beruf - fachliche Qualifikation	Verhältnis zum Bauherrn (Verwandtschaftsgrad)	Unterschrift

Bemerkungen des Bauherrn

Der Bauherr und der bauleitende Architekt bestätigen, dass der Bauherr und die mithelfenden Personen qualifiziert sind, die aufgeführten Arbeiten zu leisten. Es wird ferner die sorgfältige Ermittlung des Wertes der Selbsthilfe bestätigt.

_____	_____	_____
Datum	Unterschrift Bauherr	Unterschrift Bauleiter/Architekt

Wenn kein Architekt oder Bauleiter das Vorhaben betreut: Es ist glaubhaft, dass die Selbsthilfe wie angegeben erbracht werden wird.

_____	_____
Ort, Datum	Bürgermeisteramt/Betreuungsunternehmen